



Sparen ohne Konzept

Die Schuldenbremse zwingt die Länder zu Hochschulkürzungen.
Warum eigentlich?

Aufschieberitis ist kein neues Phänomen – aber nun gibt es Hilfe.

Werte-Kanon Wie realistisch ist die hohe Anspruchshaltung der Generation Y?

Waltraud Wende streitet für eine einheitliche Lehrerausbildung.



ICH WILL'S WISSEN.

ARTIKEL 26:

Jeder hat das Recht auf Bildung.

DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE ICH SCHÜTZE SIE – SIE SCHÜTZEN MICH

Mehr zu den 30 Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
und weitere Informationen unter www.amnesty.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



TITEL: EINHORN SOLUTIONS (GESTALTUNG)/FOTOS: GETTY IMAGES, KAY HERSCHELMANN (EDITORIAL)

»Der Politik bleibt nichts anderes übrig, als – entsprechend den Sonntagsreden – endlich politische Prioritäten zu setzen und nicht mit dem Rasenmäher gleichermaßen über alle Etats zu gehen«

Achim Meyer auf der Heyde

DSW JOURNAL 2/2014

Für politische Prioritäten streiten!

Erinnern Sie sich noch? 2008 wurde die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Und in vielen Sonntagsreden wird regelmäßig die Bedeutung der Bildung betont: „Investitionen in die Bildung sichern die Zukunftsfähigkeit des Landes“, „Bildung ist der Rohstoff für die Zukunft Deutschlands“ etc. In der Tat hat vor allem der Bund in den vergangenen Jahren zusätzliche Mittel für Forschung, Wissenschaft, Hochschulen oder auch Schulsozialarbeit aufgewendet. Und durch die jetzige Bundesregierung kommen noch einmal sechs Milliarden Euro hinzu, so haben es die Koalitionäre vereinbart. Nur, was passiert in manchen Ländern, wenn es doch um die Zukunft geht? Dort wird Bildung mehr und mehr auf eine beliebte Standardformel in Sonntagsreden reduziert, denn die Schuldenbremse wirft ihre Schatten voraus. Vor allem in strukturschwachen Ländern, in denen gerade gut ausgebaute Hochschulen und hochqualifizierte Absolventen eine unabdingbare Infrastrukturvoraussetzung bilden für Spin-offs, für die Regionalentwicklung, die Ansiedlung von zusätzlichen Firmen und insoweit auch von neuen Arbeitsplätzen. Stattdessen werden die Versprechungen einfach über Bord geworfen, werden Abbauszenarien für die Hochschulen entwickelt, so in Sachsen-Anhalt, Sachsen, im Saarland und einigen weiteren Ländern. Sollten diese realisiert werden, stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Zukunft der Länder. Aber vielleicht sollen sie angesichts der Demografie als Rentnerparadiese ausgebaut werden – die von der Bun-

desregierung beschlossenen Rentenerhöhungen könnten ja dazu beitragen, sofern die Profiteure dieser Reform in diesen Ländern wohnen.

Man kann es nicht oft genug wiederholen – vielleicht findet sich doch eines Tages eine Einsicht: Die Zukunft hängt von einer guten Infrastruktur ab, und dazu gehören Verkehr, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Energie, Kommunikation. Die Zukunft hängt von gut Qualifizierten, aber auch von sozialer Sicherheit ab. Also bleibt der Politik nichts anderes übrig, als – entsprechend den Sonntagsreden – endlich politische Prioritäten zu setzen und nicht mit dem Rasenmäher gleichermaßen über alle Etats hinwegzugehen. Das mag für die Finanzminister die bequemste Lösung sein – aber langfristig bleiben auch sie nicht ungeschoren, werden auch ihnen die Einnahmen wegbrechen, wenn die Fachminister/innen für Bildung und Wissenschaft nicht jetzt für zukunftsorientierte Lösungen streiten. Der Sparwut im Hochschul- und Wissenschaftsbereich ist unser Autor Tilman Warnecke nachgegangen, S. 12.

Und noch etwas in eigener Sache: Das „verflixte siebte Jahr“ hat das DSW-Journal unbeschadet überlebt – im achten Jahrgang haben wir es nun einem Relaunch unterzogen, wie es heute so modern heißt. Ich hoffe, Ihnen gefällt unsere grafische Verjüngung und modernere Gestaltung.

Ihr

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des
Deutschen Studentenwerks
» [achim.meyeraufderheyde@
studentenwerke.de](mailto:achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de)



POLITIK

/ 12-21



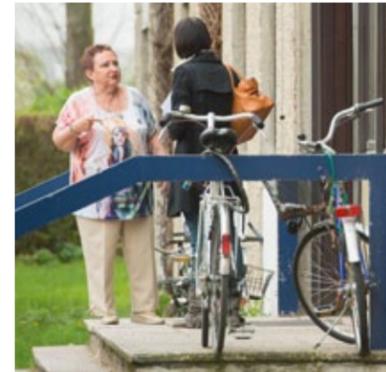
Gibt es einen Plan B?

Eine Blaupause für den Umgang mit der Schuldenbremse wird dringend gesucht. Mit einer Übersicht der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Von Tilmann Warnecke / 12



FOTOS: KAY HERSCHELMANN (LINKS), VOLKER LANNERT (2 X OBEN), KAY HERSCHELMANN (2 X UNTEN); ILLUSTRATION: JACQUELINE URBAN

PRAXIS



Gemeinschaft macht Wohnen einzigartig

Brigitte Göckler ist Hausverwalterin in einem Studentenwohnheim in Bonn - und das seit 38 Jahren. Von Ruth Lemmer / 22

Diversity? Ja bitte!

Diversity ganz plakativ. / 26

Aufschieberitis

Ein weitverbreitetes Phänomen - auch bei Akademikern. Von Wiebke Toebelmann / 30

CAMPUS

Kurz, knapp und informativ: Zahlen, Daten und Fakten aus der Bildungswelt / 6



Teamwork

Zusammen schaffen sie Erlebnisse / 11

PROFILE



Der Effizienz-Orientierte

Seinen Job sieht er eher sportlich - und als Herausforderung. Der Rektor der Universität Siegen, Holger Burckhart, im Porträt. Von Karl-Heinz Heinemann / 34

PERSPEKTIVE



Vom Wollen und Können der Generation Y

Die Jugendlichen haben heutzutage eine hohe Anspruchshaltung. Wie realistisch ist dieser neue Werte-Kanon? Von Charlotte von Bernstorff und Jens Nachtwei / 38

13 FRAGEN AN ...

... Patricia Lips, Vorsitzende im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag / 40



Ein Gedanke noch

DSW-Präsident Dieter Timmermann über Handlungsdefizite / 42





»Wir sind fairtrade«

ERFOLGREICHE KOOPERATION

Das Studentenwerk im Saarland e.V. ist enger Partner der Universität des Saarlandes, die am 19. Mai 2014 als erste Fairtrade University in Deutschland ausgezeichnet wurde. Nach Großbritannien im Jahr 2003, Spanien, den Niederlanden und den USA 2009, hat nun auch Deutschland seine Fairtrade University. Als Koordinator des Projekts „Faire Uni Saar“ und

als Partner im Aktionsbündnis, einer gemeinsamen Initiative der Universität des Saarlandes, des Studentenwerks und des AstA der Universität, engagiert sich das Studentenwerk schon seit vielen Jahren für fair gehandelte Produkte: In seinen Mensen und Cafeterien gibt es unter anderem fair gehandelten Kaffee, Tee und Reis sowie Kaltgetränke und Snacks. Selbst seine

Gastgeschenke bezieht es aus fairem Handel. Außerdem hat das Studentenwerk bereits 200 Studierende zu Botschaftern des fairen Handels ausgebildet. Mit der Auszeichnung der Uni als Fairtrade University ist das Studentenwerk nun auch Berater für andere Universitäten, Studentenwerke und Studierendenschaften auf ihrem Weg zu mehr Fair trade. [ml](http://www.faire-uni-saar.de) » www.faire-uni-saar.de

KURZ GESAGT



»Das deutsche Ausbildungssystem gilt als strukturelle Stärke der deutschen Wirtschaft«

Volker Treier, DIHK-Hauptgeschäftsführung

Wussten Sie schon, dass ...

...die **Studienunterbrechungsquote** bei Studierenden im Erststudium **seit 2003** von **15%** auf **9%** im **Sommersemester 2012** gesunken ist? Der Anteil der Studienunterbrecher ist an **Universitäten** mit **10%** etwas größer als an **Fachhochschulen** mit **7%**.

» www.sozialerhebung.de



Doktorarbeit trotz Handicap

INKLUSION Der Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013 (BuWiN) konstatiert: Schwerbehinderte Nachwuchswissenschaftler sind an Hochschulen unterrepräsentiert. PROMI, das Projekt „Promotion inklusive“, will das ändern: 15 Universitäten beteiligen sich und schaffen zusätzlich 45 Promotionsstellen für schwerbehinderte Hochschulabsolventen. Durchgeführt wird das Projekt von der Universität Köln gemeinsam mit dem Unternehmensforum und dem Arbeitgeberservice Schwerbehinderte Akademiker der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. „Promotion inklusive“ will Barrieren im Wissenschaftsbetrieb abbauen und für mehr Inklusion auch bei der Nachwuchsförderung sorgen. [cs](http://promi.uni-koeln.de) » <http://promi.uni-koeln.de>

MINDERJÄHRIGE STUDIERENDE



HEIKO SAKURAI

Der Pisa-Mann kommt

WISSENSCHAFTSRAT Der Neue heißt Manfred Prenzel und ist alles andere als neu im Geschäft. Denn Prenzel hat sich schon viele Jahre mit der Hochschul- und Bildungspolitik beschäftigt, nicht nur als Vorstandsvorsitzender des Zentrums für internationale Vergleichsstudien (ZIB) an der Technischen Universität München, sondern auch als Präsident der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung (GEBF). Seit 2011 gehört der renommierte Bildungsforscher dem Wissenschaftsrat an, der Bund und Länder in wissenschaftspolitischen Fragen berät. Ab dem 1. Juli 2014 wird er den Wissenschaftsrat leiten - und vielleicht neue Akzente setzen. [ml](http://www.wissenschaftsrat.de) » www.wissenschaftsrat.de

Manfred Prenzel, bekannt als Chef der deutschen PISA-Studie



FOTOS: FRANK OSSENBRINK/DIHK, BERND VON JUTRCZENKA/DPA, STUDENTENWERK MARBURG

Zimmer mit Aussicht

SANIERUNG Die Aussicht ist wirklich einzigartig: Aus jedem der 34 Einzelzimmer schaut man auf das Marburger Schloss oder weit über die Stadt. Nach einjähriger Generalsanierung konnte im März 2014 das Studentenwohnheim „Ritterstraße 13“ des Studentenwerks Marburg wiedereröffnet werden. Da das denkmalgeschützte Haus aus dem 16. Jahrhundert stammt, gab es viele Auflagen: So wurden die alten Deckenbalken freigelegt und Fenster und Türen der historischen Fassade angepasst. Bei der Sanierung hat das Studentenwerk eng mit dem Landesamt für Denkmalpflege zusammengearbeitet. Entstanden ist ein Haus, das auf 767,51 Quadratmetern modernste Technik und zeitgemäßen Wohnkomfort bietet, aber seinen ursprünglichen Charakter bewahrt hat. Jedes Zimmer hat einen anderen Grundriss und seinen individuellen Charme. Übrigens: Auf der Baustelle wurden zehn Kubikmeter Eichenholz verbaut und über 23 Tonnen Altholz entsorgt! [jaw](http://www.studentenwerk-marburg.de) » www.studentenwerk-marburg.de



ZAHLENWERK Studentische Mobilität und ihre finanziellen Effekte auf das Gastland.

Für Gastländer entstehen bereits während des Studiums von internationalen Studierenden positive volkswirtschaftliche Effekte.

400

MILLIONEN EURO

steuerlicher Effekt ergeben sich aus den Ausgaben internationaler Studierender in Deutschland. Das sind 2.500 Euro pro Kopf.

Jährlichen Ausgaben der Studierenden

 4.800 €

 8.000 €

 19.500 €

4,3

MILLIONEN

Studierende sind außerhalb ihres Heimatlandes eingeschrieben.

30%

Verbleibquote der internationalen Studierenden nach ihrem Studienabschluss reicht aus, um die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Finanzierung des Studienplatzes in Deutschland bereits nach fünf Jahren zu amortisieren.

Die Kosten für die Bereitstellung eines Studienplatzes belaufen sich in Deutschland auf rund **11.900 Euro**.

QUELLE: DAAD/PROGNOS/OECD 2013

1/8

Arbeitsstelle sichert jeder internationale Studierende in Deutschland.

EINE FRAGE ...

Bund und Länder wollen die Zahl internationaler Studierender bis 2020 auf 350 000 steigern. Was muss passieren, damit das gelingt?

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring MdB
Bündnis 90/Die Grünen

Für mehr internationale Studierende müssen Bund und Länder mehr Studienplätze schaffen und die Hochschulen ihre Internationalisierung weiter in Schwung bringen. Vielfalt, Weltoffenheit und Willkommenskultur auf dem Campus zahlen sich aus: Wir wollen, dass ausländische Studierende zu Freunden, Botschaftern und erfolgreichen Absolventen werden.

» www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke MdB
Die Linke

Selbstverständlich müssen den Hochschulen und Studentenwerken ausreichend Mittel für Betreuung und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Die Situation auf dem Mietmarkt gestaltet die Wohnungssuche gerade für ausländische Studierende schwierig.

» www.nicole-gohlke.de



Ernst Dieter Rossmann MdB
SPD

Wichtig sind Verbesserungen der Studienbedingungen und eine echte Willkommenskultur: mehr Aufklärung und Information, konkrete Beratung vor Ort, mehr Studentenwohnungen, keine Studiengebühren, Hilfe bei der Studienfinanzierung und bessere Berufsperspektiven in Deutschland.

» www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht MdB
CDU/CSU

Die ausländerrechtlichen Hausaufgaben sind erledigt. Jetzt wollen wir durch den Hochschulpark Anreize zur besseren Betreuung der Studierenden schaffen. Denn wir brauchen nicht nur mehr ausländische Studierende, sondern auch mehr Absolventen – vor allem solche, die bleiben.

» www.albert-rupprecht.de

FOTOS: STEFAN KAMINSKI, DIE LINKE, PRIVAT, NINA ALTMANN, AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK; ILLUSTRATION: DOMINIK HERRMANN



Lyrik to go

GEISTIGE NÄHRUNG Seit März 2014 versorgt ein Literaturautomat die Gäste der Mensa-Kaffeebar der Ruhr-Universität Bochum mit geistiger Nahrung. Für zwei Euro können die Studierenden Schachteln mit Kurzprosa und Lyrik deutschsprachiger Autorinnen und Autoren aus dem Spender ziehen. Die Texte stammen sowohl von Promis als auch von Nachwuchsschreibern. Damit es spannend bleibt, werden die Fächer regel-

mäßig mit neuen Werken bestückt. Der umgebaute Zigaretten-Automat stammt aus dem Düsseldorfer Kulturzentrum „zakk“, aufgestellt hat ihn das Akademische Förderungswerk. Alle Einnahmen kommen den Künstlern zugute. Diese unkonventionelle Art der Literaturverbreitung existiert seit 2006, in Bochum steht bereits der 14. Lesestoff-Apparat. *jaw/PvD*
» www.akafoe.de
» www.literaturautomat.eu

Jetzt digital!

SOZIALERHEBUNG Es gibt sie seit 1951 – damit ist sie die einzige umfangreiche Studierendenbefragung in Deutschland über einen so langen Zeitraum: die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Die 20. Sozialerhebung ist im Sommer 2013 erschienen, die Vorbereitungen für die 21. laufen bereits. Wollte man allerdings bisher wissen, wie sich die Studierenden in den 1950er Jahren finanzierten oder wie sie in den 1960er Jahren wohnten, erforderte das einen größeren Rechercheaufwand, da die älte-

ren Ausgaben noch nicht digital vorlagen. Das hat sich nun geändert. Das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), das die Sozialerhebung seit 1982 durchführt, hat alle Berichte seit 1951 digitalisiert und der Öffentlichkeit im Internet zugänglich gemacht. *ml*

» www.sozialerhebung.de/archiv



KOLUMNE

Auf ein Wort

Schönheitsoperation



Erkennen Sie uns noch wieder? Wir sind's: Ihr DSW-Journal. Wir haben uns einer kleinen Schönheitsoperation unterzogen. Ein kleines Lifting hier, etwas Botox da – aber keine Rundum-OP. Mit über 30 Ausgaben und acht Jahren auf dem Buckel waren doch einige Fältchen zu sehen. Aber Falten machen ein Gesicht auch interessant. Daher haben wir uns entschieden, Bewährtes zu erhalten und anderes neuen Ideen weichen zu lassen. Sie werden daher ebenso alte Bekannte wie neue Gesichter treffen. Die Rubrik Community fiel dem Skalpell zum Opfer, ihre Inhalte wurden mit den Campus-Seiten zusammengezogen. Sie finden sie auf drei Doppelseiten: kurz, knapp und informativ. Das Inhaltsverzeichnis haben wir komplett neu gestaltet, es soll Sie neugierig auf den Inhalt machen und Sie direkter in die Themenvielfalt des Magazins führen. Neu sind auch die Schriften und die Farbe Blau. Treu geblieben sind wir den vier Rubriken: Politik, Praxis, Profile, Perspektive. Sie haben sich bewährt. Insgesamt sind wir schneller, moderner und „magaziniger“ geworden.

Und hier noch ein kurzer Blick hinter die Kulissen: In dieser Ausgabe haben wir mehr als 1000 Zahlen verarbeitet, 41 Personen zu Wort kommen lassen, 49 Fotos, drei Illustrationen, eine Karikatur und neun Plakatmotive verwendet sowie 25 crossmediale Verweise gesetzt. Und es steckt etwas darin, was sich nur bedingt quantifizieren lässt: Herzblut. Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Sie auch?
Marijke Lass, Chefredakteurin

» marijke.lass@studentenwerke.de



Retour-Tandem-Fahrt in Kiel:
Jörg Bischoff aus dem Studentenwerk Dresden und Gerhard Schäckmann aus dem Studentenwerk Schleswig-Holstein.



Kiel trifft Dresden

KULINARISCHER AUSTAUSCH

Ursprünglich von den ostdeutschen Studentenwerken als Marketing-Initiative ins Leben gerufen, ist die Aktion Tandem mittlerweile im gesamten Bundesgebiet verbreitet und geht nun ins zehnte Jahr. Ob Ost-Ost, Ost-West oder West-West: Zwei Studentenwerke aus unterschiedlichen Bundesländern tauschen ihre Mensaköche. Die Mensagäste können in dieser Zeit nicht nur in Kiel

Dresdner Sauerbraten essen oder in Dresden Fränkische Krautsuppe, sondern auch mehr über die Besonderheiten der entsprechenden Regionen erfahren. Das aktuellste Beispiel eines gastronomischen Tandems ist die Reise der Köche aus Frankfurt (Oder) nach Chemnitz im Juni 2014. Übrigens: Die Austausch-Aktion findet auch schon mit ausländischen Partnern statt, zum Beispiel Polen, Frankreich und China. *ml*

KURZ UND KNAPP

Hilfe bei Studienabbruch

Das Studium abbrechen? Wer mit dem Gedanken spielt oder es bereits getan hat, findet in der Anlaufstelle „Looping“ kompetente und individuelle Beratung. Das Team zeigt Lösungswege auf, analysiert Interessen und Fähigkeiten und berät zu möglichen Alternativen. Looping ist ein Projekt der Zukunft im Zentrum GmbH und ist zurzeit die einzige Beratungsstelle in Deutschland zu diesem Thema. *bk*

» www.looping-berlin.de

Mein Deutschland

Zehn chinesische Studierende hat Miaoxin Chen an der Bergischen Universität Wuppertal nach ihrem Eindruck von Deutschland gefragt. Die Stipendiatin des China-Traineeprogramms des Deutschen Studentenwerks und der Robert Bosch Stiftung hat daraus die interkulturelle Ausstellung „Deutschland – wie ich es sehe“ entwi-

ckelt, die derzeit durch Deutschland tourt. Im Oktober 2014 wird sie sogar an der Tongji University in Shanghai gezeigt. Vorher ist sie im Juni im Akademischen Förderungswerk in Bochum und im Studentenwerk des Saarlands e. V. zu sehen. *ml*

» www.akafoe.de

Kulinarischer Marktplatz

Nach aufwendiger Sanierung des alten Gebäudes aus den 1920er Jahren ist es nun vollbracht: Die Mensa Academica des Studentenwerks Aachen erstrahlt in neuem Glanz. Die Mühe hat sich gelohnt: Der kulinarische Marktplatz mit Flammengrill, Wok- und Pizza-Theke sowie der Burger-Bar bietet für jeden Geschmack etwas an. Und wer es eilig hat, geht in die erste Etage zum „Express“ und lässt sich das beliebteste Tagesgericht tellerfertig und schnell servieren. 5000 Mahlzeiten werden in dieser Mensa täglich gekocht. *ml*

» www.studentenwerk-aachen.de



SERIE TEAMWORK im Studentenwerk

7 8 9 10 11 12 13 14

»WIR SCHAFFEN ERLEBNISSE«

Das Team der Kommunikationsabteilung im Akademischen Förderungswerk, Bochum

Eine kleine Portion Irrsinn und die Vorliebe für Skurriles – das haben diese Drei gemeinsam. Als Team der Kommunikationsabteilung des Akademischen Förderungswerks (AKAFÖ) in Bochum sind sie Erlebniskonzipierer, Kontaktknüpfer und Schatzsucher: Manuela Hildebrand (r.), Publizistin und Marketingmanagerin, seit 1995 dabei, ist die Leiterin der Unternehmenskommunikation. Peter van Dyk (l.), Journalist, ist seit 2012 der stellvertretende

Pressesprecher. Mareike Engelke (m.), Kommunikations- und Diplom-Designerin, bringt seit 2013 die wilden Ideen in eine druckbare Form. Zum Team gehört auch noch der Pressesprecher Ralf Weber. Mit ihrem Know-how und ihrer Kreativität sind die Vier unter anderem verantwortlich für: Eventplanung, Kommunikationsmaßnahmen, Merchandising, Marktbeobachtung, Kundenbefragungen und die Serviceorientierung. Aber ihr Lieblingsjob ist: Studierende für das AKAFÖ begeistern! *jaw*

» www.akafoe.de

FOTOS: RENKO BUSS (LINKS), EDGAR BERG (RECHTS)

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW) Ausgabe 2/2014

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde (amadh), Generalsekretär
Chefredakteurin: Marijke Lass (ml), marijke.lass@studentenwerke.de
Redaktion: Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Bettina Kracht (bk), Anne Renner (ar), Dr. Christiane Schindler (cs)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Christian Füller, Karl-Heinz Heinemann, Ruth Lemmer, Prof. Dr. Jens Nachtwei, Wiebke Toebelmann, Peter van Dyk (PvD), Charlotte von Bernstorff, Tilmann Warnecke
Fotos: Nina Altmann, Edgar Berg, Renko Buß, Die Linke, Peter Frischmuth/Argus, getty images, Kai-Uwe Heinrich/Tagesspiegel, Kay Herschelmann, Stefan Kaminski, Volker Lannert, Katrin Melcher, Frank Ossenbrink/DIHK, Pressestelle Universität Leipzig/Jan Woitas, Renate Schildheuer, Rolf Schulten, Herby Sachs, SPD, Studentenwerke Akademisches Förderungswerk, Bonn, Marburg;

Universität Oldenburg, Bernd von Jutrczenka/dpa, Rolf K. Wegst, Jan Woitas/LSN
Grafik: Einhorn Solutions GmbH www.einhorn-solutions.de
Karikatur: Heiko Sakurai
Illustrationen: Jens Bonnke, Dominik Herrmann, Jacqueline Urban
Druck: Henrich Druck + Medien GmbH www.henrich.de
Beratung: Helmut Ortner www.ortner-concept.de
Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2014

Redaktionsanschrift: Deutsches Studentenwerk e.V. Redaktion DSW-Journal Monbijouplatz 11 10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-43
Fax: +49(0)30-29 77 27-99
E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

»Es ist alles eine Frage der Prioritätensetzung«

Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Universität vor dem Hauptgebäude ruhen, sind zu einem Symbol des Protests geworden: „Lasst den Löwen brüllen“, hieß es auf Plakaten.

In Zukunft dürften die Proteste zunehmen. Denn sie sind Vorboten der Schuldenbremse von Bund und Ländern. Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder zum Ausgleich ihrer Haushalte keine Kredite mehr aufnehmen. Vor fünf Jahren wurde die entsprechende Regelung im Grundgesetz verankert. Seitdem „konsolidieren“ die Länder ihre Haushalte, wie die Übersetzung der Finanzpolitiker für „kürzen“ und „streichen“ heißt – selbst wenn die Steuereinnahmen derzeit ordentlich steigen. Vielerorts reichen die Bemühungen längst nicht aus. Für dieses Jahr haben nur die ostdeutschen Länder und Bayern Haushalte aufgestellt, die ohne frische Kredite auskommen.

Für die Hochschulen bedeutet das nichts Gutes. Im vergangenen Jahrzehnt haben die Länder ihre Ausgaben für die Hochschulen zwar enorm gesteigert (siehe Grafik auf Seite 13). Dadurch wurde – im Zusammenspiel mit den Bundesmitteln aus den Pakten für die Wissenschaft – unter anderem der Anstieg der Studierendenzahlen ermöglicht. Viel Geld fraßen allerdings erhöhte Energiekosten und wachsende Personalausgaben auf. Jetzt sind die Hochschulen finanziell besonders gefährdet. Schließlich fallen sie, wie Schulen, in die Hoheit der Länder, was sie zum Ziel der Finanzminister macht. Wird Wissenschaftspolitik in Zeiten der Schuldenbremse also zum Verwalten des Mangels?

Besonders spitzt sich die finanzielle Lage in Ostdeutschland zu. Zeitgleich mit dem Greifen der Schuldenbremse läuft der Solidaripakt aus, wegen der schrumpfenden Bevölkerungszahlen droht den ostdeutschen Ländern, Geld aus dem Länderfinanzausgleich abhanden zu kommen. „Wir müssen den Landesetat bis 2020 von zehn auf 8,5 Milliarden Euro senken. Diese Summen hat noch keiner ernsthaft bestritten“, sagt etwa Sachsen-Anhalts Wissenschaftsminister Hartmut Möllring. Sein Land diskutiert daher heftig über die Zukunft seiner Hochschulen. Drastische Kürzungsvorschläge (kumuliert 275 Millionen Euro bis 2025) wurden zwar verworfen. Kürzungen blei-



ben dennoch. Die Rektoren einigten sich mit dem Land, bis 2019 insgesamt gut 24 Millionen Euro zu sparen. Ab 2020 soll es durch Strukturveränderungen acht bis zehn Millionen Euro jährlich weniger geben als heute. „Hochschulen können von den Konsolidierungsbeiträgen nicht ausgenommen werden“, sagt Möllring. Für ihn sind vieles aber auch „normale Anpassungen“, die nicht unmittelbar etwas mit der Schuldenbremse zu tun hätten. Dass etwa die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg rund 260 Studiengänge anbiete, sei per se fragwürdig.

Der Minister hat jetzt einen Hochschulstrukturplan vorgelegt, der mit den Hochschulen diskutiert wird. Diesen durchziehen zwei Leitlinien: Kleinere Studiengänge mit weniger als 20 Studienanfängern pro Jahr werden prinzipiell in Frage gestellt. Fächer, die im Land an mehreren Hochschulen vorkommen, sollen möglichst an einem Standort konzentriert werden. „Wir können es

»Hochschulen können von den Konsolidierungsbeiträgen nicht ausgenommen werden«

Hartmut Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt

FOTOS: PRESSESTELLE UNIVERSITÄT LEIPZIG/JAN WOITAS (LINKS OBEN), PETER FRISCHMUTH/ARGUS (LINKS UNTEN), ROLF SCHULTEN (RECHTS OBEN), JAN WOITAS/LSN (RECHTS UNTEN)

uns nicht leisten, auf einer überschaubaren Fläche viele Doppelangebote vorzuhalten“, sagt Möllring. Naturgemäß regen sich erneut Proteste. Tausende Studienplätze würden abgebaut, befürchten die Hochschulen.

Den Nachbarn geht es ähnlich. In Sachsen hat der Landtag vor vier Jahren beschlossen, die Hochschulen sollten bis 2020 mehr als 1000 Stellen kürzen. Die Hochschulen seien aber autonom und könnten selbst entscheiden, wie sie das umsetzen, heißt es aus dem Ministerium. Experten interpretieren das so, dass die Politik sich hier dem Konflikt nicht stellt und diesen stattdessen in die Hochschulen trägt. An der Universität Leipzig geht es rund. Dort will die Leitung die Institute für Theaterwissenschaften und Archäologie schließen. Rektorin Beate Schücking kündigte in der „ZEIT“ an, auch Fakultäten seien gefährdet: „Wenn man immer mehr von uns verlangt, geht es irgendwann um ganze Gliedmaßen, die wir abnehmen müssen.“

Sind Kürzungen also unvermeidlich? So einfach sollten es sich die Länder nicht machen, sagt Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er verweist auf Mecklenburg-Vorpommern, das seinen Haushalt ebenfalls konsolidiere, die Hochschulen von Sparrunden aber weitgehend verschont habe: „Es ist alles eine Frage der Prioritätensetzung.“

Für Pasternack verläuft die Trennscheide dann auch nicht so sehr zwischen Ost und West,



»Es müssen Beiträge zur Konsolidierung gebracht werden«

Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg

sondern zwischen Hochschulstandorten in prosperierenden Großstädten und in ländlich geprägten Räumen: „Auch Hochschulen in Entwicklungsschwachen westdeutschen Regionen werden Probleme bekommen.“ Tatsächlich sollen im Saarland die Hochschulen Millionen verlieren. Bremen will beim Universitätspersonal in den nächsten zwei Jahren fünf Millionen Euro kürzen. Die schwarz-grüne Regierung in Hessen möchte ihre Hochschulausgaben strecken.

Selbst im reichen Baden-Württemberg müssen sich die Rektoren auf Einbußen gefasst machen. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer will zwar prinzipiell die Grundfinanzierung verbessern. Dennoch müssten „Beiträge zur Konsolidierung“ gebracht werden, sagte sie unlängst. Dass Landesrechnungshöfe – wie der im Südwesten – private Caterer für Mensen an Hochschulen und höhere Mieten für Studentenwohnheime fordern, halten manche für „politische Empfehlungen“, die die Schuldenbremse antizipieren und die Privatisierung sozialer Leistungen zur Entlastung der Länderhaushalte vorbereiten sollen.

Dass Kürzen gleichwohl – noch – nicht zwangsläufig sein muss, zeigen ebenfalls einige westdeutsche Länder. So warnt Rheinland-Pfalz' Wissenschaftsministerin Doris Ahnen davor, die Schuldenbremse losgelöst von den Studierendenzahlen zu betrachten: „Im Hochschulbereich haben wir eine zunehmende Nachfrage. Das müssen wir ernst nehmen.“ Es sei also richtig, wenn mehr Geld in die Hochschulen fließe, wozu auch die Verlängerung des Hochschulpakts beitragen werde. Und so gleiche Rheinland-Pfalz mit seinem Doppelhaushalt 2014/15, der eine Steigerung der Grundfinanzierung von 797 auf 834 Millionen Euro vorsieht, unter anderem wieder Tarifsteigerungen der Hochschulen aus, nachdem man dazu 2012/13 nicht in der Lage gewesen sei. 100 neue Dauerstellen würden geschaffen.

Schleswig-Holstein hat ebenso die Zuschüsse für seine Hochschulen bis 2018 um jährlich 5,1 Millionen Euro auf 278 Millionen Euro gesteigert. Das Land will zusätzlich Besoldungserhöhungen übernehmen. Das sei ein Ergebnis „konsequenter Schwerpunktsetzung der Landesregierung“, sagt Wissenschaftsministerin

»Wenn man immer mehr von uns verlangt, geht es irgendwann um ganze Gliedmaßen, die wir abnehmen müssen«

Beate Schücking, Rektorin der Universität Leipzig

»Die Länder und Parteien müssen endlich ihre lähmende Blockade gegensätzlicher verfassungspolitischer Optionen zur Aufhebung des Kooperationsverbots auflösen«

Peter Strohschneider, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft



Waltraud Wende: „In gut ausgebildeten Menschen liegt die Zukunft unseres Landes.“

Gibt es Strategien, die die Auswirkungen der Schuldenbremse lindern könnten? Sachsen-Anhalt und Sachsen wollen länderübergreifend kooperieren, Thüringen soll mit ins Boot geholt werden. Im Gespräch ist zum Beispiel, sich bei kleinen Fächern abzusprechen. Halle und Leipzig seien gut mit der S-Bahn verbunden, da könnten Studierende leicht an beiden Standorten eingeschrieben sein, sagt Minister Möllring: „Aus Studierendensicht ist es letzten Endes egal, ob man seinen Bachelor in Sachsen-Anhalt oder Sachsen macht.“

Ob solche Kooperationen ein Allheilmittel sind, daran scheiden sich die Geister. Für den Hochschulexperten Pasternack macht das in der Forschung Sinn, wenn ein Zusammenbinden von Standorten zu einer relevanten kritischen Masse führt. Sobald jedoch Studierende für ihre Fächerkombinationen pendeln müssten, zeige die Erfahrung: „Das macht immer nur eine ganz kleine Minderheit.“ Schon die organisatorischen Probleme der Abstimmung von Lehrveranstaltungszeiten an zwei Orten seien in der Regel unüberwindbar. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich ein Land zulasten eines anderen ausruhe. Auch Doris Ahnen ist skeptisch. Mit den saarländischen Hochschulen gebe es eine gute Zusammenarbeit. „Die Probleme der Schuldenbremse lösen wir damit aber nicht.“

Und so lautet für viele der Generalplan: Der Bund muss in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen. „Die Länder können das gar nicht alleine stemmen“, sagt Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK): „Wenn 50 Prozent eines Jahrgangs studieren, stehen Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung.“ Bund, Länder und Parteien müssten dazu „endlich ihre lähmende Blockade gegensätzlicher verfassungspolitischer Optionen zur Aufhebung des Kooperationsverbots auflösen“, fordert Peter Strohschneider, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.



Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD sich prinzipiell geeinigt, dass der Bund Geld für die Grundfinanzierung der Hochschulen zur Verfügung stellt. „Das muss jetzt so schnell wie möglich in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt werden“, sagt Strohschneider. Doch noch ist das Wie und Wann unklar. Ebenso wenig steht bisher fest, wie es konkret mit den milliardenschweren Wissenschaftspakten weitergeht: Neben dem Hochschulpakt für mehr Studienplätze sind das die Nachfolge der Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation, der der außeruniversitären Forschung eine Steigerung ihrer Mittel garantiert. Das alles gelte es zu einer „Rahmenvereinbarung von Bund und Ländern zur kooperativen Wissenschaftsfinanzierung zu verbinden“, sagt Strohschneider.

»Im Hochschulbereich haben wir eine zunehmende Nachfrage. Das müssen wir ernst nehmen«

Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kunst des Landes Rheinland-Pfalz

»Ich vertraue darauf, dass die Politik trotz Schuldenbremse dem internationalen Wissenschaftsaustausch neue Schlagkraft verleiht«

Margret Wintermantel, Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes



Was passiert, wenn die Aufwüchse ausbleiben, mag man bei den Wissenschaftsorganisationen nicht kommentieren. Bloß nicht die Politik auf dumme Gedanken bringen, heißt es sinngemäß. Lieber hält man es wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), dessen Präsidentin, Margret Wintermantel, darauf „vertraut, dass die Politik trotz Schuldenbremse dem internationalen Wissenschaftsaustausch neue Schlagkraft verleiht“. Der DAAD bleibe bei seinem Ziel, die Zahl der ausländischen Studierenden und Wissenschaftler an den deutschen Hochschulen zu erhöhen.

Besonders wichtig sei, dass der Bund wieder in die Infrastrukturen der Hochschulen investieren dürfe, sagt HRK-Präsident Hippler. Schon jetzt fehlen Milliarden für Sanierungen, und wie die Schuldenbremse die Situation verschärft, zeigt das Beispiel Hessen. Das Land nimmt bis 2020 aus seinem Hochschulbaupro-

»Die Länder können das gar nicht alleine stemmen«

Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz



SCHULDENBREMSE

Um die Staatsverschuldung zu begrenzen, hat die Föderalismuskommission 2009 die sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Sie zwingt den Bund, seine jährliche strukturelle Nettokreditaufnahme nicht über 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen zu lassen. Den Ländern ist eine Nettokreditaufnahme gänzlich verboten. Für den Bund tritt diese Regelung ab 2016 und für die Länder ab 2020 verbindlich in Kraft.

gramm 20 Prozent der Mittel heraus und will diese erst in den Folgejahren zahlen.

Angesichts der prekären Lage der öffentlichen Haushalte sieht Hippler jeden Einzelnen in der Pflicht, was die Finanzierung der Hochschulen angeht. Er hält ein Umdenken beim Thema Studiengebühren für nötig. Dass in Deutschland für die Betreuung von Kindern gezahlt werden müsse, während Studierende keinen eigenen Beitrag leisten, sei „wenig einleuchtend“, sagt Hippler: „Im Rahmen der Schuldenbremse werden wir auch wieder über Studienbeiträge reden müssen.“

Nun haben selbst einst glühende Gebührenbefürworter wie das CSU-geführte Bayern Studienbeiträge wieder abgeschafft. Ob Hipplers Vorschlag da realistisch ist, bleibt abzuwarten. Er verweist wohl vor allem auf eines: Eine Blaupause für den Umgang mit der Schuldenbremse in der Wissenschaft wird immer noch dringend gesucht.



DER AUTOR

Tilmann Warnecke arbeitet im Ressort Wissen des „Tagesspiegel“ und schreibt vor allem über Bildungs- und Forschungspolitik



„Ich verstehe etwas von den Dingen, die ich vorschlage“

WALTRAUD WENDE aus Schleswig-Holstein ist die umstrittenste Wissenschaftsministerin Deutschlands. Und eine der mutigsten.

INTERVIEW: Christian Füller FOTOS: Kay Herschelmann

DSW JOURNAL: Frau Wende, wieso ist die Opposition in Schleswig-Holstein eigentlich so sauer auf Sie und Ihre neue Lehrerbildung?

Waltraud Wende: Vielleicht ärgert es die Opposition, dass die Wissenschaftsministerin etwas von den Dingen versteht, die sie vorschlägt. Das Lehrkräftebildungsgesetz, das wir angepackt haben, ist ein tolles Gesetz. Es wird eines der modernsten in Deutschland sein.

Können Sie in drei Sätzen sagen, um was es in diesem Gesetz geht?

Wir werden es den Universitäten leichter machen, Lehrer auf die veränderten Anforderungen an Schulen vorzubereiten. Wir wollen künftig die Lehrer für die moderne Schulstruktur, die wir in Schleswig-Holstein haben, ausbilden. Also nicht mehr Haupt-, Realschule und Gymnasium, sondern zwei Schulformen, die beide prinzipiell zum Abitur führen, nämlich Gemeinschaftsschule und Gymnasium.

Die Opposition nennt diese Leute Einheitslehrer

Ja, aber genau das Gegenteil wäre die richtige Bezeichnung. Unsere Lehrkräfte können Kinder gerade nicht mehr als Teil einer homogenen Leistungsgruppe ansehen, sondern als Individuen mit sehr unterschiedlichen Talenten und Interessen.

Und was müssen Lehrer dafür künftig konkret lernen?

Sie sollen Strategien lernen, wie man die Klasse splitten kann, wie man verschiedene Zugänge für unterschiedliche Schüler zum gleichen Thema öffnet, ganz allgemein: Wie man individuell arbeitet. Auch die Grundschullehrer sind einbezogen. Sie sollen in ihren Diagnosekompetenzen so gestärkt werden, dass sie sensibel dafür werden, wo die Stärken und die Schwächen eines Kindes liegen. Sie sollen sich fragen: Wo brauche ich noch eine andere Profession und zusätzliches Personal? Lehrer sollen teamfähiger werden. Dazu wollen wir die Studierenden der Pädagogik auch viel früher in die Schulen schicken.

Was ist der Vorteil?

Wenn man sich für das Lehrerstudium falsch entschieden hat und mit Klassen und Kindern nicht zurechtkommt, kann man das als Studierender rechtzeitig korrigieren. Im Referendariat korrigiert man seinen Berufswunsch nicht mehr, das zeigt die Erfahrung.

Wenn das neue Lehrerstudium so toll wird, wieso gibt es dann so viel Krach? Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ging ja regelrecht auf die Barrikaden und wollte nicht mehr mit Ihnen reden.

»Es geht nicht um Inhalte, sondern um Standortpolitik«

Ich glaube, dass es nicht um die Inhalte, sondern um Standortpolitik geht. Wir gönnen uns den Luxus, in Flensburg und in Kiel Lehrer auszubilden.

Man hört, Sie haben Ihre Heimatuniversität in Flensburg bevorzugt. Stimmt das?

Nein, ich finde die Christian-Albrechts-Universität fantastisch. Nicht nur in der Lehrerbildung ist sie fachwissenschaftlich exzellent. Die Universität Flensburg wiederum ist pädagogisch stark. Sie bildete bisher aber keine Gymnasiallehrer aus, sondern nur Haupt- und Realschullehrer. Da es künftig nur noch ein Lehramt gibt, war klar: Die Universität Flensburg braucht mehr fachwissenschaftliche Expertise. Die soll sie bekommen. Sie brauchen heute als Lehrer zwei starke Standbeine, die Pädagogik und die Fachwissenschaft. Das ist unumstritten.

Aber es erklärt ja nicht den heftigen Widerstand. Kann es sein, dass die Ministerin Wende bestimmten Leuten ein Dorn im Auge ist?

Es geht sicher auch um Rivalitäten im Land. Daran haben sich dann persönliche Attacken entzündet. Ich hatte erwartet, dass es Differenzen geben könnte bei der Lehrerausbildung. Dass derart persönlich gefärbte Angriffe gefahren werden, hätte ich mir nicht träumen lassen.

Frau Wende, wieso hat Ihr Ministerpräsident eigentlich eine Straßennutzungsgebühr gefordert und keine Soli-Abgabe für Bildung?

(Lacht spitzbübisch) So ist das, wenn Frau ihm die Zügel lässt, dann macht der, was er will! Hätte er mich gefragt, dann hätte ich gesagt: Schlag einen Bildungsgroschen vor! Aber im Ernst: Zweifelloos brauchen wir auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Vielleicht hat der Streit um die Lehrerbildung ja gar nichts mit Ihnen zu tun. Im kleinen, armen Schleswig-Holstein tobt einfach nur ein Streit um knappe Ressourcen.

Das kann es eigentlich nicht sein. Das Bildungsministerium hat einen vergleichsweise großen Haushalt. Etwa eine Million Euro für die Lehrerbildung in Flensburg ist zwar viel Geld, es ist aber gut angelegt

ZUR PERSON

Waltraud „Wara“ Wende Geboren 1957 in Birkelbach in Nordrhein-Westfalen, studierte Waltraud Wende Allgemeine Literaturwissenschaft, Germanistik, Geschichte, Pädagogik und Soziologie an der Universität-Gesamthochschule-Siegen. Sie promovierte und habilitierte sich ebenfalls dort. Von 2010 bis 2012 war sie Präsidentin der Universität Flensburg. Seit Juni 2012 ist die parteilose Wende Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein.



für die wichtige Aufgabe, und letztlich ist das - um einmal die Dimensionen deutlich zu machen - ein Betrag im Promillebereich unseres Haushalts.

Wollen Sie sagen, Sie haben genug Geld für Bildung?

Nein, das nicht. Dem Land fehlen meines Erachtens 1000 Lehrerstellen, das sind rund 50 Millionen Euro jährlich. Aber ich habe mich von der Finanzministerin überzeugen lassen, dass es im Hinblick auf Schüler und junge Leute eben zwei Erfordernisse gibt: Sie erstens gut auszubilden und ihnen zweitens keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Den haben wir aber. Von dem 10-Milliarden-Haushalt des Landes geht eine Milliarde in die Tilgung. Das muss zurückgefahren werden.

Wo wollen Sie das fehlende Geld für Ihre Schulen und Hochschulen herbekommen, wenn die Schuldenbremse die Spielräume des Landes weiter einengen wird?

Ich finde, dass wir das Kooperationsverbot abschaffen müssen, und ich meine das für Hochschulen und Schulen. Für den Bereich Schule ist bislang leider keine Mehrheit in Sicht.

Was könnte man tun?

Es gibt eine Kompromisslinie, die so aussehen könnte: Die Schulen werden weiter allein von den Ländern verantwortet und finanziert - mit Ausnahmen für Themen von überragender sozialer Bedeutung. Das sind konkret: der Ausbau der Ganztagschulen, die Finanzierung von Sozialarbeitern, die Inklusion.

1000

Lehrerstellen fehlen dem Land, sagt die Ministerin. Das sind 50 Millionen Euro jährlich.

Aber die Länder wollen doch unbedingt zuständig sein - wieso finanzieren sie ihre Aufgaben dann nicht auch?

Weil es sie überfordert, vor allem die kleinen Länder wie uns. Beispiel Inklusion: Der Bund hat die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Wir finden das richtig und engagieren uns sehr stark. Wir sind bundesweit mit dem Anteil an inklusivem Lernen weit vorne. Aber wir müssen diese Jahrhundertaufgabe auch finanzieren. Inklusion ist kein Selbstläufer, sondern eine große Herausforderung. Sie darf bitte nicht gegen die Wand gefahren werden. Immerhin geht es um das Menschenrecht auf Bildung auch für Menschen mit Handicap. Das verträgt keinen Streit um Zuständigkeiten.

Frau Wende, Sie legen großen Wert darauf, den Fachhochschulen das Promotionsrecht zu geben. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Die Fachhochschulen haben sich exzellent entwickelt, viele Professoren dort betreiben sehr gute Forschung. Wenn wir einen Moment nach Lübeck gucken, dann haben wir dort eine Universität und eine Fachhochschule (FH) - und die Drittmittelrate beider Einrichtungen ist gleich hoch. An der FH findet anwendungsorientierte Forschung statt, für mich gibt es da keine Fallhöhe. Das ist in meinen Augen genauso viel wert wie die Grundlagenforschung woanders. Und ich möchte, dass die FH-Studierenden davon profitieren können, ohne die Hochschule zu wechseln. Sie sollen an ihrer Hochschule promovieren dürfen.

Das heißt, direkt an der FH zu promovieren?

Ja und nein. Wir bauen ein virtuelles Promotionskolleg für die Fachhochschulen auf. Da sind die forschungsstarken FH-Professoren drin und die assoziieren sich Universitäts-Professoren. Es gibt also kein eigenes Gebäude, aber trotzdem ein gemeinsames Kollegium.

Ist es eine gute Idee, ausgerechnet jetzt eine Promotion light einzuführen, da so viele Doktorarbeiten in Verdacht geraten?



»Wir müssen junge Leute gut ausbilden und dürfen ihnen außerdem keinen Schuldenberg hinterlassen«

Die FH-Promotion wird bei uns keine B-Doktorarbeit. Wir haben eine wirksame Qualitätskontrolle eingebaut, die vielleicht auch den Universitäten guttun würde.

Was ist Ihre Zauberformel?

Wir trennen die Betreuung und die Begutachtung der Dissertation. Das finde ich wichtig, und es hat nichts mit den FH-Professoren zu tun, aber es hilft, Vorurteile gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Was ist der Grund für die Dissertations-Kollegs?

Die FH-Professoren sind dann keine Bittsteller mehr. Das heißt, wenn sie einen exzellenten Kandidaten haben, müssen sie nicht mehr Klinken putzen und suchen, an welcher Universität sie den Nachwuchs unterbringen können. Sie sind in einer Forschergemeinschaft, zusammen mit Universitäts-Professoren, und darin sind sie die Akteure.

Das Interview führte Christian Füller, hier mit der Ministerin auf den Stufen des Konzerthauses am Gendarmenmarkt in Berlin.

Gemeinschaft macht Wohnen einzigartig

LEBEN IM WOHNHEIM Die Studentenwohnheime werden von Mitarbeitern der Studentenwerke verwaltet. Eine von ihnen ist Brigitte Göckler.

TEXT: Ruth Lemmer FOTOS: Volker Lannert

Drei Anläufe brauchte die junge Frau, bis sie im Studentenwohnheim am Bleichgraben eintraf. Zweimal hatte sie angerufen, weil sie in den falschen Bus gestiegen war und Panik hatte, nicht bis 11.00 Uhr, dem offiziellen Büroschluss der Verwalterin Brigitte Göckler, anzukommen. Schließlich ist sie ins Taxi gesprungen. Studierende, die die 65-Jährige länger kennen, hätten das Geld anderweitig ausgegeben. Denn wer seine Verspätung ankündigt, kann mit ihrer Geduld rechnen. Manche klingeln sie gar nachts aus ihrer Dienstwohnung, die sich im Studentenwohnheim befindet, wenn sie den Schlüssel verbaselt haben.

Brigitte Göckler ist eine von 420 Mitarbeitern im Studentenwerk Bonn, das laut Geschäftsbericht 2012 neben gastronomischen Einrichtungen, Ausbildungsförderung, Beratungsstellen und Kindertagesstätten insgesamt Wohnplätze für 3910 Studierende bietet. Sie verwaltet die drei Eingänge 2, 4 und 6 im Haus am Bleichgraben in Bonn-Endenich, wo heute 145 Studierende ihre Bleibe finden. Die 65-Jährige mit dem frech-roten Kurzhaarschnitt, der pfiffigen Lesebrille und den Tattooschriftzügen „Heinz und Sonja“ auf dem linken Unterarm für Mann und Tochter, arbeitet resolut und aufmerksam, fröhlich und zupackend. „Ich habe keinen Tag bereut“, sagt die Wohnheimverwalterin nach-



»In manchen Häusern ist Vorortpräsenz wichtig, am besten von einem Ehepaar, das handwerkliche und Verwaltungsaufgaben übernimmt«

Alexander Bojanowsky,
Geschäftsführer des
Studentenwerks Bonn

drücklich - und schaut dabei so offen und glaubwürdig, wie sich Arbeitgeber ihre Mitarbeiter wünschen.

Den 1. Oktober 2014 hätte Brigitte Göckler gerne gefeiert. Dann wäre sie 45 Jahre beim Studentenwerk Bonn - zuerst in der Finanzbuchhaltung und ab 1976 dann als Verwalterin im Haus am Bleichgraben. Doch ihr Jubiläum wird die angestellte Teilzeit-Hausfee ganz knapp verpassen, denn der Rentenstart ist auf den 1. Juli 2014 terminiert. Mag sein, dass sie im Oktober dennoch mit ein paar Bewohnern zusammensitzt - und zurückblickt. „Der persönliche Kontakt mit den jungen Leuten, die heute weniger feiern und mehr Stress im Studium haben, ist mein Lebenselixier“, betont die Überzeugungstäterin, die im April 2014 immerhin 22 Einzüge bewältigte.

Der Bewohnerwechsel ist häufiger geworden, die Verweildauer kürzer. Der befristete Aufenthalt von Erasmus-Stipendiaten, die straffen Studiengänge, die zum Bachelor führen, und der Wunsch, den Master an einer anderen Hochschule zu machen, um den Lebenslauf anzureichern, sind die Ursachen dafür. Was geblieben ist, das ist die lange Liste der Wartenden: Rund 50000 Studierende waren es im Oktober 2013 bundesweit. Von den rund 185000 Plätzen werden ein Drittel von ausländischen Studierenden bewohnt. Nach den Ergebnissen der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

ist das Wohnheim die beliebteste Wohnform für Bildungsausländer.

Die Einführung der studentischen Bewohner, die nicht mehr nur zu Semesterbeginn ihre Zimmer beziehen, sondern auch in jedem anderen Monat, ist wegen des häufigen Wechsels umso wichtiger geworden. So tatkräftig und mütterlich Brigitte Göckler sonst immer hilft, so energisch drängt sie während der Hausvollversammlung auf die Einhaltung der Regeln: Wie oft sie schon erklärt hat, dass man Staubsauger zurückbringen und Fenster schließen muss, Zigarettenskippen nicht im Flur ausdrücken darf und Reparaturbedarf sofort melden soll, weiß sie nicht mehr. Aber immer häufiger mailen die Studierenden die Mängel, statt kurz im Büro vorbeizuschauen. „Das ist auch so eine Veränderung“, blickt die Hausverwalterin auf Zeiten zurück, in denen die Studierenden einfach an ihrem Büro anklopfen, um sich zu unterhalten.

Doch sie hält ohne Weiteres mit: Vor elf Jahren hat sie gelernt, am PC zu arbeiten. Und einen Kurs über interkulturelles Zusammenleben fand sie auch spannend. Wenn Studierende Hilfe benötigen, stehen Brigitte Göckler viele studentische Tutoren und Mentoren, die aus Bewohnern eine Gemeinschaft machen wollen und sollen, zur Seite: Netzwerkmentor und Umweltmentorin, Kartenspielermentor und Fahrradmentor, Auslandstutorin und Barmmentor. Das sind nur einige Beispiele für die Aufgaben, die Studierende übernehmen – und damit zusätzlich den Anspruch erwerben, ein Semester länger am Bleichgraben zu wohnen.

Neben Brigitte Göckler arbeiten in den Wohnheimen des Studentenwerks Bonn vier weitere Verwalterinnen. Sie sind inzwischen in der Minderheit, weil Poollösungen aus Verwaltung und Handwerkern die selbstverwalteten Einrichtungen unterstützen. „In manchen Häusern ist Vorortpräsenz wichtig, am besten von einem Ehepaar, das handwerkliche und Verwaltungsaufgaben übernimmt“, sagt Alexander Bojanowsky, Geschäftsführer des Studentenwerks Bonn. „Doch wir leben in einer virtuellen Welt und das Modell ist dem Niedergang geweiht.“ Er sieht „eine Entwicklung in Richtung Anonymisierung und Servicezeiten“. Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen.

Denn wirtschaften müssen die Wohnheimbetreiber, vor allem mit Blick auf die niedrigen Preise für die Einpersonapartments und die Mehrraumwohnungen für bis zu sechs Studierende, die sich Küche und Nasszelle teilen. Zwischen 150 und 300 Euro liegen die Wohnheimplatzkosten in der Regel, inklusive Betriebskosten und Strom. Nach der 20. Sozialerhebung haben deutsche Studierende im Durchschnitt monatlich 864 Euro auf dem

»Der persönliche Kontakt mit den jungen Leuten, die heute weniger feiern und mehr Stress im Studium haben, ist mein Lebenselixier«

Brigitte Göckler

STUDENTEN- WOHNHEIM AM BLEICHGRABEN

Das 1974 erbaute Wohnheim wurde 1995

umfangreich erweitert. Aktuell verfügt es über 145 Plätze in 102 Apartments, 31 Einzelzimmern in Wohngruppen und 6 Doppelapartments. Es liegt in der Nähe der naturwissenschaftlichen Institute der Universität Bonn, am Landschaftsschutzgebiet Meßdorfer Feld. Die Miete beträgt zwischen 238 und 259 Euro pro Monat. Als eines der ältesten Wohnheime des Studentenwerks Bonn konnte es im Februar 2014 sein 40-jähriges Jubiläum feiern.

Am Bleichgraben 2-6,
53121 Bonn
» www.studentenwerk-bonn.de



DIE AUTORIN

Ruth Lemmer ist freie Journalistin in Düsseldorf
» www.dasmedienbuero.de

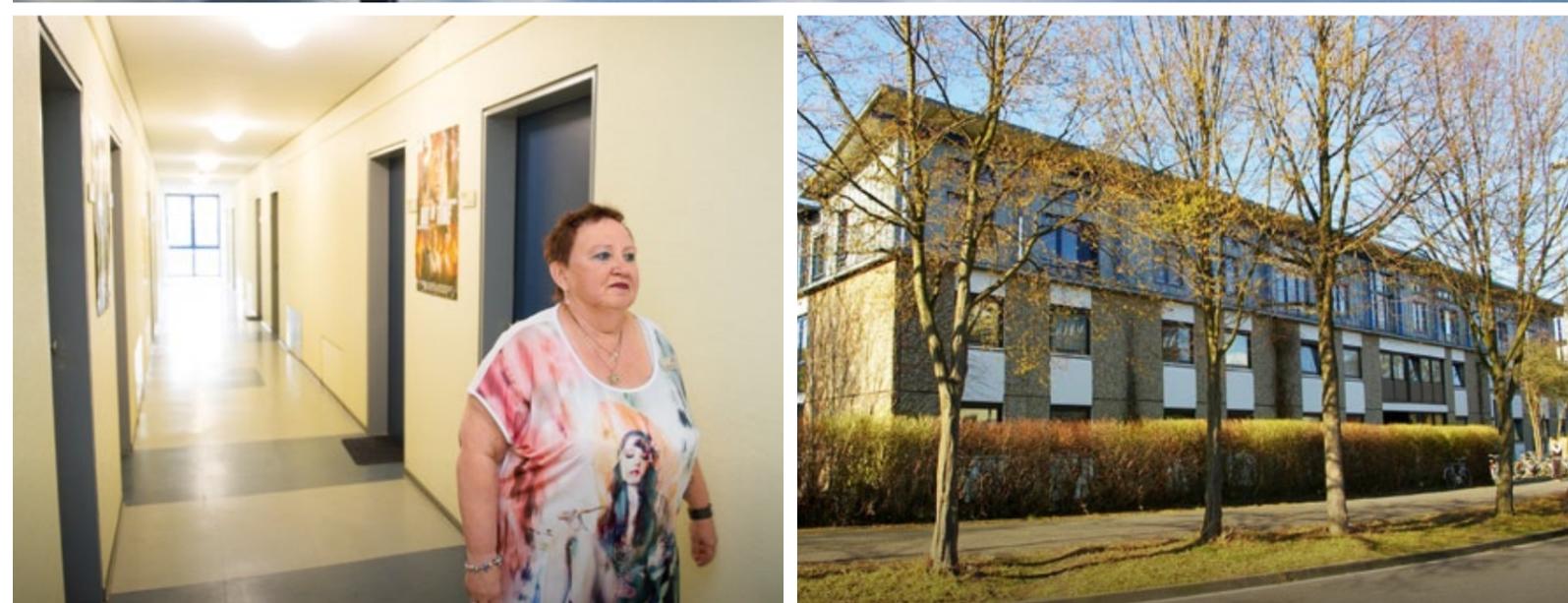
Konto, ihre ausländischen Kommilitonen 115 Euro weniger. Die Zahl der Studierenden ist in den vergangenen 15 Jahren von 1,7 auf 2,5 Millionen gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Wohnheimplätze kaum. Die Delegierten der 74. Mitgliederversammlung des DSW im Dezember 2013 forderten deshalb erneut ein Bund-Länder-Förderprogramm, um weitere preisgünstige Wohnheimplätze schaffen zu können; jedoch sperrt sich der Bund hier bisher weiter. In den einzelnen Ländern tut sich immerhin bei der Förderung etwas – allerdings je nach Bundesland sehr unterschiedlich.

Ungemach droht den Wohnheimen aber nicht nur durch Überfüllung und Renovierungsstau. Auch die Selbstverwaltung ist kein Selbstläufer mehr. Alexander Bojanowsky sieht das Ehrenamt in Gefahr, zwar gebe es „die Wackeren, die sich gerne in den Wohnheimen engagieren. Aber das im Zuge des Bologna-Prozesses gestraffte Studium verlangt von den Studierenden, sich viel stärker auf den Studienfortschritt zu fokussieren. Da sinkt dann naturgemäß die Bereitschaft zu freiwilligen, unbezahlten Aktivitäten. Wie Sportvereine und Parteien muss auch das Studentenwerk Bonn sich dem Wandel des Welt- und Wertebildes stellen.“ Häufiger als früher nehmen auch Eltern Kontakt zu den Studentenwerken auf, wenn sie ihre Kinder nicht angemessen untergebracht sehen. Die Besonderheit studentischen Wohnens in einem Haus, das Selbstständigkeit mit einem Stück Arbeit für die Gemeinschaft paart, führt bei manchen Bewohnern am Anfang zu Irritationen. Im Studentenwohnheim am Bleichgraben lernen die Bewohner ganz nebenbei, was Gemeinschaft ist und wie sie ihren Beitrag dazu leisten können. Damit lernen sie nicht nur fürs Studium, sondern auch fürs Leben.

Bei aller Wirtschaftlichkeitsrechnung, der auch die Studentenwerke unterliegen, und bei der angezeigten virtuellen Entwicklung sind und bleiben Mitarbeiterinnen wie Brigitte Göckler Herz und Seele eines Studentenwohnheims, in dem Studierende sich wohlfühlen und gerne leben – und sich so ganz auf ihr Studium konzentrieren können. „Wenn jemand wie Brigitte Göckler mit Leidenschaft und Engagement ihren Beruf ausübt, hat das spürbare Auswirkungen auf das gesamte Wohnheim, auf den Umgang miteinander und auf die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Bewohners“, wertschätzt Bojanowsky eine seiner dienstältesten Mitarbeiterinnen.



Brigitte Göckler ist seit 38 Jahren Hausverwalterin in „ihrem“ Wohnheim am Bleichgraben in Bonn – und Ansprechpartnerin für alle.



FOTOS: HERBY SACHS (AUTORIN), STUDENTENWERK BONN (WOHNHEIM)



Hand in Hand for Diversity von Nam Do Hoai, Fachhochschule Düsseldorf



Offen für alles
von Ines Flögel,
Hochschule
Augsburg (links)

Diversity Uni
von Xi Luo,
Hochschule für
Gestaltung Offen-
bach am Main

Diversity? Ja bitte!

PLAKATWETTBEWERB Design-Studierende zeigen ihre Ideen zum Thema gesellschaftliche Vielfalt an den Hochschulen. Am 30. Juni 2014 werden die Preise verliehen.

Wie bitte? Diversity? - Ein Schlagwort, gewiss. Und der Versuch, eine gesellschaftliche Entwicklung begrifflich zu fassen: dass die Studierenden heterogener, noch unterschiedlicher, bunter werden. Hochschulen und Studentenwerke in Deutschland erwarten beruflich qualifizierte ohne Abitur, berufsbegleitend Studierende, ältere Studierende. Auch zur „Diversity“ gezählt werden Studierende mit Kind oder behinderte und chronisch kranke Studierende. Nichts wirklich Neues, erst recht nicht für die Studentenwerke. Aber neu ist, wie breit der Diversity-Begriff heute politisch gefasst wird: Es geht um Alter, Herkunft, familiären Status und sexuelle, religiöse, kulturelle Identität. Die Gesellschaft wird bunter, pluralistischer - das spiegelt sich auch an Deutschlands Hochschulen wider. Das DSW begrüßt dies - es sagt „Ja“ zu Diversity.

Das taten auch die 296 Design-Studierenden, die sich am 28. DSW-Plakatwettbewerb im Wintersemester 2013/2014 beteiligt haben. Das DSW lud sie ein, sich im wahrsten Sinne plakativ mit „Diversity“ auseinanderzusetzen. Sich umzusehen an ihrer Hochschule, ihre Haltung, ihre konkrete Plakatsbotschaft zu dem Abstraktem zu entwickeln. Am 30. Juni 2014 stellt das DSW die besten Plakate im Museum für Kommunikation Berlin vor. Kein Eintritt, dafür diverse gute Plakate. Politik in Bildern. Seien Sie dabei! *sg*

» studentenwerke.de/de/content/diversity-ja-bitte

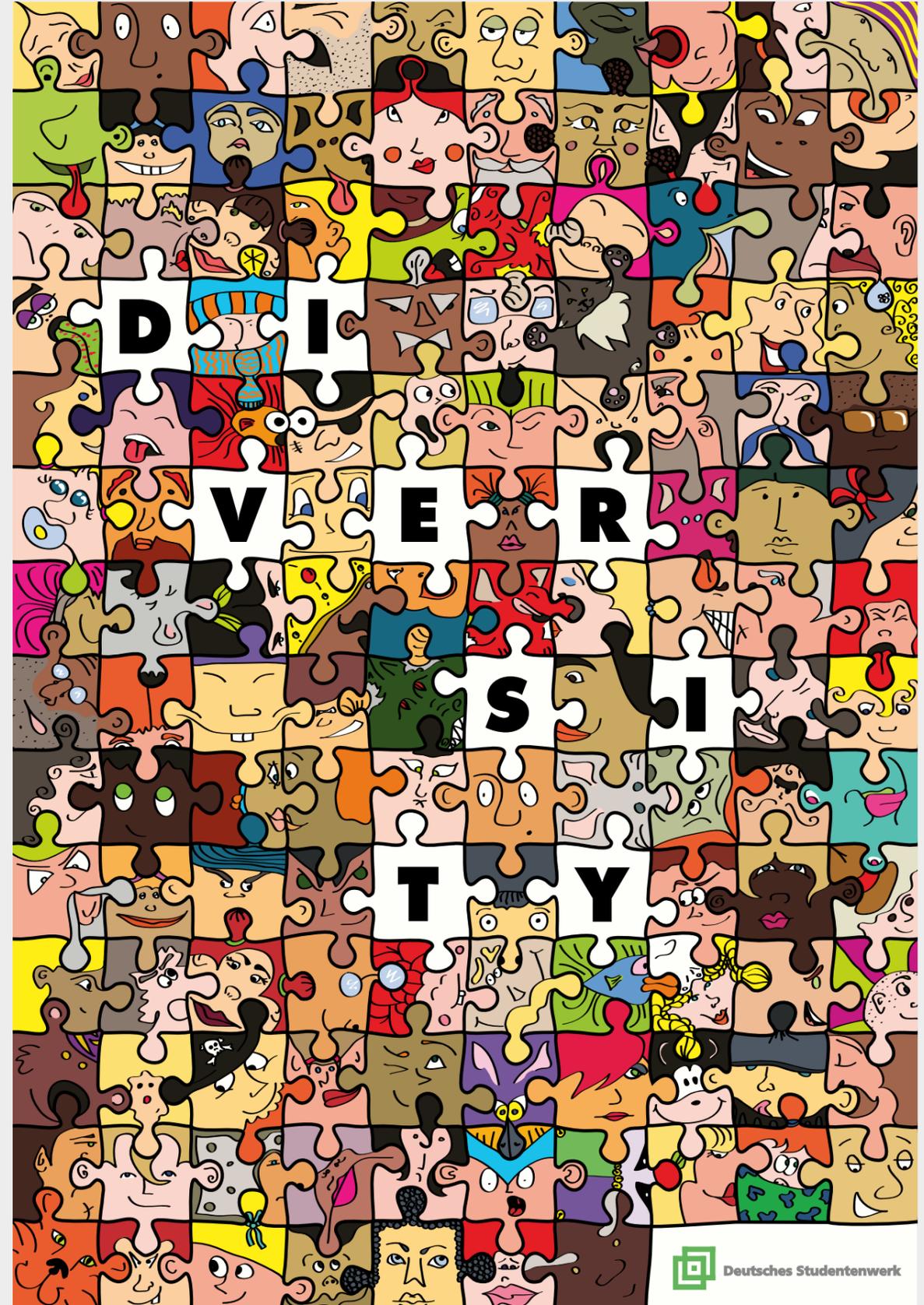
Der Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks für Design-Studierende wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Museum für Kommunikation Berlin ist Kooperationspartner.



1:0 for Diversity von Judith Schneider, Hochschule RheinMain



Diversität Identität von Thomas Stralek, Fachhochschule Düsseldorf



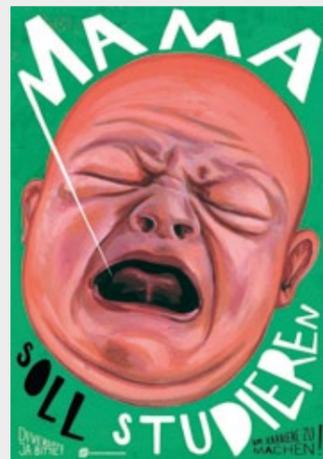
Das Puzzle – Nur aus allen wird ein Ganzes von Tina Bartels, Hochschule Wismar



Wolfgang, Student von Lennart Engelmann, Hochschule RheinMain



Offen studieren, überall! von Francesca Schulz, Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Köln



Mama soll studieren von Anders Emil Sommerfeldt, Universität der Künste Berlin

Aufschieberitis

PROKRASTINATION lautet der Fachausdruck für das, was jeder kennt: den Drang, bestimmte Arbeiten aufzuschieben oder zu vermeiden. Gegen die akademische Prokrastination bieten viele Studentenwerke mittlerweile Hilfe an.

TEXT: Wiebke Toebelmann ILLUSTRATION: Jens Bonnke



Der Rechner ist hochgefahren, und schon locken wieder die E-Mails, das Facebook-Profil oder die Nachrichtenseiten. Dann wandert der Blick durchs Zimmer: Hier muss doch dringend einmal aufgeräumt werden. Und der WG-Putzdienst steht ebenfalls an. Und überhaupt: Das Lernen für die Klausur kann doch auch noch bis morgen warten. Ein Gedankengang, den wohl jeder Studierende kennt.

Doch manche können nicht mehr aufhören mit dem Verschieben von unangenehmen Aufgaben, so dass nicht nur das Studium darunter leidet, sondern auch die Seele. Der Fachbegriff dafür: Prokrastination, abgeleitet vom lateinischen „procrastinatio“, was „Vertagung“ bedeutet und auch

gern frei mit „Aufschieberitis“ übersetzt wird. Die sogenannte akademische Prokrastination ist dabei eine besonders gut erforschte Form. So wird Prokrastination von manchen Medien schon als studentisches „Massenleiden“ deklariert, wobei es keine Erhebungen darüber gibt, wie viele tatsächlich betroffen sind.

Die psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke bieten für Prokrastinierer verstärkt Hilfsprogramme an. Etwa in Köln, mit dem achtwöchigen Training „Schluss mit dem Aufschieben“, in Berlin mit der wöchentlichen Gruppe „Problem Prokrastination“ oder mit Workshops wie etwa „Aufschieben und Ablenken?“, den die Sozialberatung des Studentenwerks Rostock am 27. Juni und am 18. Juli 2014 anbietet.

Die Gründe für das Aufschieben sind so vielfältig wie komplex. „Aufschieber generell als faul abzustempeln wäre fatal“, sagt der Psychologe Wilfried Schumann, Leiter der Psychosozialen Beratungsstelle von Universität und Studentenwerk Oldenburg. „Viele stürzen sich in Aktivitäten – aber eben in die falschen.“ Und damit meint Schumann nicht nur Aufräumen, Staubsaugen oder im Internet surfen. „Manche sitzen den ganzen Tag in der Bibliothek, aber sie halten sich endlos mit Recherche auf. Von außen sieht das nach Arbeit aus. Tatsächlich befinden sich diese Studierenden aber in einer Vermeidungsschleife und drücken sich davor, die Dinge zu tun, die sie letztlich zum Ziel bringen.“ Damit verharren sie in einer Art neutralem Raum und müssen sich keinen Bewertungen stellen. „Sobald die Recher-

che aufhört und das eigentliche Schreiben beginnt, wird ihnen klar, dass sich das später jemand anschaut und dass es benotet wird. Und genau davor haben Prokrastinierer oftmals große Angst.“

Zum Thema Prokrastination bieten Wilfried Schumann und sein Team immer wieder Workshops an. Besonders effektiv sind die sogenannten Arbeitsschwierigkeitengruppen. Bei den wöchentlichen Treffen können die Studierenden ihren Arbeitsprozess reflektieren, Selbstorganisation lernen und auch Taktiken entwickeln, wie sie am besten Ablenkungsquellen und Ausweichtätigkeiten vermeiden. Ihre Pflichten wie einen Job zu begreifen

Wilfried Schumann
ist Leiter der Psycho-
sozialen Beratungs-
stelle von Universität
und Studentenwerk
Oldenburg.



und sie klar zu strukturieren, lindert auch das ständige schlechte Gewissen. Denn die durch das Aufschieben gewonnene Freizeit können die wenigsten genießen. Die Gruppe schafft auch Verbindlichkeiten. So werden schriftlich Ziele festgehalten, die dann als „Hausaufgabe“ umgesetzt werden sollen. Die Berater ermutigen die Studierenden außerdem dazu, sich zum gemeinsamen Arbeiten zu verabreden und damit einen kollegialen Kontext zu simulieren. Für solche Zusammenkünfte können in der Oldenburger Bibliothek Räume gemietet werden.

Wie groß der Bedarf an Unterstützung ist, zeigt der Erfolg von Deutschlands einziger Prokrastinations-Ambulanz an der Universität Münster. Von 2004 bis heute wandten sich rund 700 „Aufschieberitis“-Betroffene aus über 50 Fächern an die Psychotherapie-Ambulanz des Fachbereichs Psychologie und Sportwissenschaften, deshalb wurde 2006 die Spezialambulanz für Prokrastination eingerichtet. Sie verfolgt einen verhaltenstherapeutischen Ansatz. „Das

Ganze beginnt meist mit einem Telefoninterview“, erklärt Diplom-Psychologin Julia Elen Beumler. „Die Studierenden erläutern ihre Schwierigkeiten, dann prüfen wir, ob eher Einzel- oder Gruppenberatungen angemessen sind.“ Liegen eine zusätzliche Depression oder ADHS vor, wird ein geeigneter Psychotherapeut vermittelt. Die Ambulanz hilft dort, wo sich Studierende selbst nicht mehr zu helfen wissen. Typische „Patienten“ fangen zu spät mit dem Lernen an, treten mitunter durch mangelnde Vorbereitung Klausuren gar nicht erst an, verpassen Abgabefristen von Hausarbeiten. „Es ist eine Störung der Selbstregulation“, so die Psychologin. Ob einzeln oder in der Gruppe, es wird zunächst versucht, die Schwelle zum Arbeiten herabzusetzen. „Die Studierenden sollen sich ein Ritual ausdenken: Das Zimmer noch einmal lüften, einen Tee kochen, den Schreibtisch aufräumen. Oder zehn Minuten Vorbereitungszeit einplanen, dann klingelt der Wecker - und das bedeutet Arbeitsbeginn.“ Neben den Ritualen arbeiten die Berater mit dem

»Das Studium ist ein Trainingscamp zur Selbstorganisation. Ein bisschen Extra-Hilfe kann da nicht schaden«

Wilfried Schumann

Erstellen von realistischen Plänen. „Zu jeder Arbeitseinheit sollen sich Schritte überlegt werden. Wann will ich beginnen und wie lange will ich arbeiten? Was nehme ich mir in dieser bestimmten Zeit vor? Wann möchte ich Pausen einlegen und wie motiviere ich mich?“

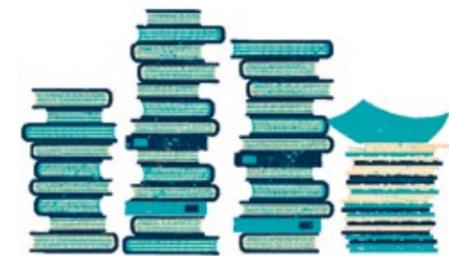
Die Arbeit mit den Betroffenen ist komplex, und Studienberater stellen dabei immer wieder fest: Den typischen Prokrastinierer gibt es nicht. „Auch ist nicht jeder, der aufschiebt, gleich ein Prokrastinierer“, sagt Carola Grunschel, Psychologin an der Universität Bielefeld, die an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Prokrastination im Hochschulkontext“ mitgearbeitet hat. Grunschel und ihre Kollegen befragten 554 Studierende verschiedener Fächer und Hochschulen nach den Gründen für ihr Aufschiebverhalten und erstellten daraufhin Profile. Das Bielefelder Forschungsteam identifizierte dabei vier verschiedene Typen. Eher unbedenklich seien der gelegentliche Aufschieber und der „Arousal Procrastinator“, der glaubt, nur unter Druck arbeiten zu können. Echten Leidensdruck spürten hingegen der von Versagensangst geplagte „sorgenvoll-ängstliche“ Typ sowie der vierte Typ, der mit seiner Fächerwahl und dem Studium unzufrieden sei, so die Wissenschaftlerin. „Diese beiden Typen sind es auch, die Beratung am ehesten aufsuchen. Das sind die wahren Prokrastinierer.“

Das Thema Prokrastination beschäftigt die Forschung noch nicht lange - zumindest in Deutschland nicht. „Hierzulande wird das Thema erst seit rund zehn Jahren intensiver beforcht, in Nordamerika schon seit 20 bis 30 Jahren. Dort kennt auch jeder die aus dem Lateinischen stammende Vokabel ‚to procrastinate‘, während es lange kein deutsches Äquivalent gab - bis eben das ‚Prokrastinieren‘ zum festen Begriff wurde.“ Von der Forschung in diesem Feld profitieren vor allem die Betroffenen, glaubt Carola Grunschel. „Je mehr wir über die verschiedenen Arten des Prokrastinierens wissen, umso adäquater können auch Studienberatungen mit ihrem Angebot darauf reagieren.“

„Aufschieberitis“ kann auch durch Probleme beim akademischen Schreiben entstehen. Zahlreiche Studentenwerke greifen Studierenden in sogenannten Schreibzentren

unter die Arme, darunter beispielsweise die Studentenwerke Bremen, Essen-Duisburg, Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig und Stuttgart. Im Januar 2014 hat auch das Studentenwerk Berlin ein Schreibzentrum eingerichtet. „Schon ein falsches Hausarbeitsthema kann zu Hemmungen und natürlich auch zu Prokrastination führen. Wir bestärken die Studierenden zudem in ihrem Selbstbewusstsein, an ihr Projekt zu glauben“, sagt Leiterin Constanze Keiderling. Zum ersten Mal gab es in Berlin im März 2014 auch die „Lange Nacht der aufgeschobenen Hausarbeiten“, eine bundesweite Aktion, die seit 2010 jährlich stattfindet und an der sich 2014 rund 20 Hochschulen beteiligt haben. Eine Chance für Prokrastinierer, für die es in Berlin im Rahmenprogramm neben Entspannungsübungen und einem Schnellkurs in kreativem Schreiben auch einen speziellen Workshop gab.

Mit betreutem Schreiben, gezieltem Coaching oder psychologischer Beratung holen die Studentenwerke Prokrastinierer aus der Endlosschleife aus Aufschieben und Selbstvorwürfen. Der Oldenburger Psychologe Wilfried Schumann bringt es auf den Punkt: „Das Studium ist ein Trainingscamp zur Selbstorganisation. Ein bisschen Extra-Hilfe kann da nicht schaden.“



DIE AUTORIN

Wiebke Toebelmann ist freie Journalistin in Hamburg und schreibt unter anderem über Bildungs- und Karrierethemen

ZUM NACHLESEN



Irre viel zu tun ...
Aufschieberitis,
Prüfungsangst & Co.
Krisen im Studium
bewältigen. Von
Petra Holler, Verlags-
gruppe Beltz
» www.beltz.de



Schluss mit dem ewigen Aufschieben:
Wie Sie umsetzen,
was Sie sich vornehmen.
Von Hans-
Werner Rückert,
Campus Verlag
» www.campus.de





Der Effizienz-Orientierte

HOLGER BURCKHART Für den Rektor der Universität Siegen und Vizepräsidenten der Hochschulrektorenkonferenz hat die Hochschule neben Forschung und Lehre eine dritte Säule: das soziale Leben.

TEXT: Karl-Heinz Heinemann **FOTOS:** Volker Lannert

Er läuft in Jeans und mit Kapuzenpulli über den Siegerner Campus, freundliche Begrüßungen von und nach allen Seiten. So würde man sich eher einen Gesamtschulleiter als den Rektor einer Universität mit fast 20 000 Studierenden vorstellen. Dieser Rektor sucht offensichtlich die Nähe zu seiner Klientel, die er gelegentlich auch als seine Kunden bezeichnet. In seinem funktional eingerichteten, nicht übermäßig großen Büro im Studierendenhaus hängen keine Porträts seiner Vorgänger in Öl, sondern Fotos von Yachten in wilder See. Segeln ist Holger Burckharts Hobby. Und so hat er auch gleich ein Bild parat für seinen Wechsel von der Universität zu Köln - wo er Prorektor für Studium und Lehre war - auf den Chefposten in Siegen im Jahr 2009: „Ich bin von einem Riesentanker zu einer sehr mobilen Yacht gewechselt.“

Nicht nur in der Kleidung setzt sich Burckhart gern von den Erwartungen an einen etablierten Hochschulfunktionär ab. Gerade kommt er von der Jahrestagung des „Nexus-Projekts“ der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), bei dem es um die Umsetzung der Bologna-Reform geht. Effizienz und Outputorientierung - das reicht ihm nicht für die Hochschulreform. Die deutschen Hochschulen, aber auch die französischen, seien immer geprägt gewesen von einer reflexiven Kultur der Bildung. „Und dieses Merkmal verlieren wir in Deutschland. Wir verlieren es auch in Europa für Deutschland. Deswegen sehe ich ein Stück weit meine HRK-Mission darin, diese Stimme wieder lauter werden zu lassen. Wir haben uns diesem Effizienzparadigma untergeordnet. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend.“

Dabei wirkt die Universität Siegen wie das Beton gewordene Effizienzparadigma, wie sie da als Betonburg außerhalb der Stadt auf einem Hügel thront, für die Studierenden nur schwer erreichbar und für die Bürger der Stadt kaum erfahrbar.

Und das ist eines der Probleme, die er angehen wollte, als er hier antrat: Die Hochschule in der Stadt und der Region verankern. In Bonn sei das architektonisch ideal - dort können die Bürger durch das Schloss, das Hauptgebäude der Universität, durchgehen, vorbei am Wegweiser in den Senatssaal. Jetzt bekommt auch die Universität Siegen das „untere Schloss“ in der Stadt, dort können dann Veranstaltungen stattfinden, die für die Bürger offen sind. „Wir haben eine Verantwortung für die Region, nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch für die Arbeitsplätze.“

„Was ist schlimmer als Verlieren? Siegen!“ lautet ein Spruch unter Studierenden. Die Universität müsse verweilattraktiv werden, meint Burckhart. Das fängt an mit dem Uni-Betonsilo, das keine Räume bietet, in denen sich Studierende außerhalb der Veranstaltungen gern aufhalten würden, und es geht weiter mit den Busverbindungen in die Stadt, zum kulturellen Leben, und mit dem Wohnraum für Studierende. Platz wäre genug, die Stadtbevölkerung schrumpft. Doch die Stadtbevölkerung und die Studierenden fremdeln noch miteinander. Würde es gelingen, die Studierenden hier zu halten, im Siegerland, 100 Kilometer von Köln entfernt, wäre das für die ganze Region ein belebendes Element. Dass Burckhart schon etwas erreicht hat, um die Universität in der Stadt und der Region zu verankern, erkennen auch seine Kritiker an.

**HOLGER
BURCKHART
ÜBER ...**
**Grundfinanzierung
der Hochschulen
durch den Bund:**

»Wenn die Hochschulen auch für die Gesellschaft Verantwortung mittragen sollen, dann muss die Forschung nicht nur durch Projekt- und Drittmittel gesichert sein, sondern das muss sich in der Grundfinanzierung niederschlagen. Wer das bezahlt, ob Bund oder Land, ist mir letztendlich egal.«

Studentenwerke

»Wenn ich Diversity will, müssen sich auch das BAföG und die Studentenwerke ändern, denn die gehen immer noch von dem akademischen Normalstudierenden aus und berücksichtigen nicht, dass der flexible Studierende an Raum gewinnt.«

**Massive Open Online
Course (MOOC)**

»Wenn ich eine Ausbildung machen will, im Sinne der Weitergabe von Wissen, als Wissensreproduktion, dann kann ich MOOCs nur als digitales Hilfsmittel einsetzen, aber nicht als primäres Lernmittel.«

Die Verbindung zur Stadt und zur Region ist ihm nicht nur aus „standortpolitischen“ Überlegungen heraus wichtig. Es geht ihm um seine Auffassung von Bildung: „Hochschule hat eine dritte Säule neben Forschung und Lehre: das soziale Leben. Soziales Engagement, soziale Wirklichkeit, ‚social environment‘. Das darf nicht verloren gehen!“ Das sei kein Siegener Problem, sondern der Fehler des Bologna-Prozesses: Bis 2010 haben die Hochschulen sich auf die technokratische Umsetzung konzentriert, und den Prozess der Persönlichkeitsbildung hintangestellt. An die Stelle der persönlichen Entwicklung sind Soft Skills getreten – „das ist falsch!“, sagt er entschieden. Bei der Umsetzung von Bologna wurden viele Fehler gemacht: die Verdichtung und Verschulung, die Ent-Akademisierung des Studiums. Da müsse man Terrain zurückgewinnen. Es müsse wieder mehr Freiheiten geben, auch ein Studium um der Bildung durch Wissenschaft willen müsse wieder möglich werden.

Nicht zuletzt dafür ist er Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz geworden: Da habe er eine andere Stimme als nur als Rektor aus Siegen. Da könne er Änderungen in seinem Sinn besser bewirken. Und dafür geht er nun auch in die European University Association (EUA), die Europäische Vertretung der Universitäten, als Verantwortlicher für Studium und Lehre.

Dass Burckhart sich nicht in der Rolle des Hochschulmanagers sieht, hat biografische Gründe: Er wurde als Philosoph promoviert und hat sich mit einer Arbeit über Diskursethik und Diskurspädagogik an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät in Köln habilitiert. Er hat sich besonders mit dem Philosophen Hans Jonas („Das Prinzip Verantwortung“) beschäftigt. „Deshalb macht mir auch das wissenschaftspolitische Arbeiten Spaß. Dabei kann ich ein Stück weit die Ideen von Partizipation, aber auch Entscheidungsnotwendigkeiten, vor denen wir immer wieder stehen, und damit eben Mitverantwortung einbringen.“ Das sind Begriffe, die in der Hochschulpolitik gegenwärtig keine Rolle spielen. Es liegt noch Arbeit vor ihm.

Burckhart besucht regelmäßig Abiturientenmessen. Dort hört er die Fragen der Schüler und ihrer Eltern. Wie sollen ihre Kinder aus den gut 10 000 Bachelorstudiengängen genau den richtigen herausfinden? Das neue Studiensystem führt zu wachsendem Beratungsbedarf, bei den Abiturienten ebenso wie bei den Studierenden. Die Hochschulen brauchen mehr Mittel für Mentoring, für Tutorien, für intensivere Studienbegleitung. „Bologna ist eben kein Sparmodell.“ Aber trotz der Mängel ist es ein Erfolg, sagt er: Bildungskarrieren sind offener geworden, der Wechsel zwischen Studium und Beruf müsse aber noch leichter werden.

Die Hochschulen müssen den Anspruch aufrechterhalten, eine kritische Gegenöffentlichkeit zu bilden. Deshalb, so Burckharts überraschendes Argument, findet er das

**»Bologna ist eben
kein Sparmodell«**

nordrhein-westfälische „Hochschulfreiheitsgesetz“ gut, um das gegenwärtig heftig gestritten wird. Die SPD-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze möchte dieses Erbe ihres FPD-Vorgängers Andreas Pinkwart durch ein Gesetz ablösen, in dem wieder stärker die öffentliche Verantwortung für die Hochschulen betont wird. Doch das Pinkwarte-Gesetz, so Burckhart, habe die Unabhängigkeit der Hochschulen vom Souverän, also dem Land, seinem Parlament und seinen Regierungen gewährleistet. Aber hat es nicht neue, drückendere Abhängigkeiten geschaffen, vom Hochschulrat, in dem die Vertreter der örtlichen Wirtschaft sitzen, zum Beispiel? Der Konflikt mit einem selbstherrlich agierenden Hochschulrat hatte Holger Burckhart vor fünf Jahren nach Siegen in den Rektorensessel gebracht. Damals hatte der Hochschulrat, dominiert von einem Vorsitzenden aus der örtlichen Wirtschaft, einen Rektor gegen das Votum des Senats etablieren wollen – was nach dem Buchstaben des den Hochschulen Freiheit versprechenden Gesetzes auch möglich gewesen wäre –, freilich um den Preis des Verlusts jeder Legitimation und jedes gedeihlichen Zusammenwirkens. Ein neuer Hochschulratsvorsitzender, Georg Schütte, damals Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, bat den als integrationsfähig geltenden damaligen Prorektor für Studium und Lehre an der Universität zu Köln, in Siegen zu kandidieren – und er bekam ein überzeugendes Votum aus beiden Gremien.

Ein wenig möchte er sich doch von seinen nordrhein-westfälischen Rektorenkollegen absetzen, die gegen eine Novellierung des Hochschulgesetzes Sturm laufen. Im Sinne seiner Philosophie von Partizipation und Verantwortung strebt er ein ausgewogenes Verhältnis in einem Macht-Viereck an der Hochschule an: bestehend aus dem Hochschulrat, dem Rektorat, der hochschulinternen Legitimation, also dem Senat, und schließlich dem „Souverän“, wie er sagt, dem Landtag und dem Ministerium. Da müsse schon nachjustiert werden, um eine ausgewogene Machtbalance zu schaffen.

Als er 2009 nach Siegen kam, gab es 300 Professoren für 12 000 Studierende. Eine Betreuungsrelation von 40 Studierenden für einen Professor. Exzellente Studienbedingungen, sollte man meinen. Unverantwortlich, meint Burckhart. Solche Betreuungsverhältnisse können wir uns heute nicht mehr leisten. In Köln hatten 320 Professoren 45 000 Studierende zu betreuen. Und zudem gab es nur 70 Promotionen im Jahr, an der ganzen Universität! Denn viele, die wissenschaftliche Ambitionen hatten, suchten das Weite und eine andere Universität mit einem besseren Renommee als die Provinzhochschule im Siegerland. Da



FOTO: PRIVAT (AUTOR)

schlägt das Erbe der Gesamthochschule negativ zu Buche, meint Burckhart.

„Die Idee der Gesamthochschule war ja genau die richtige: Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.“ Deshalb war er ja auch für ein paar Jahre Lehrer an einer Gesamtschule in einer Kölner Problemzone. Aber die Leistungen müssen vergleichbar sein. Und da war das Verhältnis zwischen der mittlerweile zur „Eliteuniversität“ geadelten Universität zu Köln und der Universität Siegen wie das zwischen einem Gymnasium und einer Gesamtschule.

Burckhart ist Mitglied im Akkreditierungsrat. Er kritisiert zwar die bürokratischen Auswüchse des Akkreditierungssystems, hält es aber für notwendig. „Wenn wir die Staatsferne weiter wollen, brauchen wir das.“ Vor allem Ar-

beitgeber und Gewerkschaftsvertreter im Akkreditierungsrat wollen die engmaschige Kontrolle, er tritt für die größere Freiheit durch Systemakkreditierung ein.

Drei Aufgaben hat er sich als Vizepräsident der HRK vorgenommen: die Entbürokratisierung des Akkreditierungsverfahrens, mehr Mobilität für die Studierenden und die Reduktion der Lehrvorgaben zugunsten von mehr selbstgesteuertem Lernen.


DER AUTOR

Karl-Heinz Heinemann arbeitet als freier Journalist für den Hörfunk und für diverse Print-Medien

ZUR PERSON

Holger Burckhart, geboren 1956 in Torshälla, Schweden, ist in Köln aufgewachsen, wo er heute noch mit seiner Familie lebt. Dort hat er auch erst an der Pädagogischen Hochschule Rheinland für das Lehramt an der Sekundarstufe I Deutsch und Sport studiert, dann an der Universität Philosophie, Pädagogik und Deutsch für die Sekundarstufe II. Er wurde in Philosophie promoviert und hat sich 1997 habilitiert. In Köln hat er immer noch seinen Lehrstuhl für Philosophie, er war dort an der Reform der Lehrerbildung beteiligt, von 2007 bis 2009 als Prorektor für Studium und Lehre. Burckhart ist Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) für Lehre, Studium, Lehrerbildung und Weiterbildung sowie unter anderem Mitglied im Akkreditierungsrat sowie im Beirat des CHE – Centrum für Hochschulentwicklung. Seit 2009 ist er Rektor der Universität Siegen.



FOTO: KAY HERSCHELMANN

»Der Bund muss kontrollieren können«

13 FRAGEN AN ... PATRICIA LIPS. Seit Anfang 2014 ist sie Vorsitzende im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag.

1 Frau Lips, haben wir zu viele Studierende oder zu wenige? Wir haben erfreulich viele Studierende, aber wir müssen jetzt aufpassen, dass das duale System nicht in Gefahr gerät.

2 Wie können Hochqualifizierte eine Gefahr sein? Ein Land wie Deutschland braucht den akademischen Grad - und zugleich die duale Ausbildung. Der exzellente Facharbeiter war unsere Stärke. Während wir hier an Boden verlieren, bitten uns andere Länder um den Aufbau ihres Berufsbildungssystems ...

3 ... ja, welche denn? Griechenland zum Beispiel, oder auch Spanien. Es gibt Handwerkskammern, die dort tätig sind, um jungen Menschen eine Lehrstelle zu geben, insbesondere im Handwerk. Wir brauchen Meisterbetriebe, die müssen aber dort erst aufgebaut werden.

4 Nicht nur die Universitäten entziehen dem dualen System den Nachwuchs, auch das Übergangssystem für nicht-ausbildungsfähige Schüler. Die demografische Entwicklung insgesamt schadet. Uns geht der Nachwuchs aus, mit dem wir unsere Wirtschaft erfolgreich betreiben können.

5 Was kann man dagegen tun? Wir müssen versuchen, an die bildungsarmen Jugendlichen heranzukommen, und besser als bisher, die Jugendlichen mit Migrationshintergrund ansprechen. Wir sollten insgesamt deutlich machen, dass die Berufschancen und Perspektiven im dualen System genauso groß sind wie an den Hochschulen. Sogar größer!

6 Sind Sie selbst eine Studienabbrecherin? Nein, das würde ich nie sagen. Ich habe nach einem guten Abschluss mit Großem Latinum und Graecum - alles, was man so braucht - klassische Archäologie und Kunstgeschichte studiert. Ich habe parallel gejobbt und dann festgestellt: Mensch, dieser Job im Groß- und Einzelhandel macht ja Spaß! Ich habe dann die Ausbildung gemacht - und habe es nie bereut.

7 Die ganze Berufsbildung ist aus dem Lot geraten. Wieso haben Sie sich ausgerechnet in dieser Zeit zur Vorsitzenden des Bildungsausschusses wählen lassen? Man hat mich gefragt, und ich finde es unglaublich spannend. Das können Sie sich gar nicht vorstellen. Gerade wegen meiner beruflichen Vorbildung wollte ich das Thema berufliche Bildung begleiten. Natürlich immer im Dialog mit den Ländern.

8 Müsste man das Kooperationsverbot nicht beseitigen? Wir müssen dringend die Möglichkeiten der Zusammenarbeit verbessern.

9 Bessere Kooperation oder bessere Finanzierung? Das eine bedingt das andere! Wir würden gerne eine Möglichkeit schaffen, dass der Bund den Ländern verfassungskonform unter die Arme greifen kann. Das ist ja auch vollkommen unstrittig, selbst wenn die Wege unterschiedlich gedacht werden. Und das Geld ist auch da.

10 Will die Großhandelskauffrau Lips wissen, wie die Länder das Bundesgeld für Bildung verwenden? Natürlich. Der Bund muss kontrollieren können, wohin das Geld fließt.

11 Frau Lips, G8 oder G9? Die Frage ist entschieden.

12 Ach ja, wie denn? Prinzipiell G8 - aber das neun-jährige Gymnasium muss auch möglich sein. Das ist allerdings Sache der Länder.

13 Zum Thema Plagiat bei Promotionen: Tut Ihnen die ehemalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan leid? Ja, absolut. Das ist über 30 Jahre her, die Plagiate waren keine großflächigen Copy-and-Paste-Vergehen, sondern eher lässliche Zitierfehler. Ich werde weiter auf ihren Rat vertrauen!

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Pisaversteher und Buchautor.

ZUR PERSON

Patricia Lips, 1963 in Mailand geboren, wuchs in Darmstadt auf. Nach dem Abitur absolvierte Lips eine Ausbildung zur Groß- und Außenhandelskauffrau. Seit 1993 ist sie Mitglied der CDU und seit 2002 Mitglied im Deutschen Bundestag.

DER DSW-PRÄSIDENT HAT DAS LETZTE WORT

Auf die Straße!

Auch die Gelassenheit des Alters ist eine endliche Ressource. Ich bin seit Jahrzehnten mit einer gewissen Begeisterung Bildungsforscher, war fast zehn Jahre Rektor einer westdeutschen Universität und durfte für eine Bundesregierung gemeinsam mit Fachkollegen dereinst ein Konzept zur Finanzierung lebenslangen Lernens vorlegen (Es ist gut, überlebte aber einen Ministerinnen-Wechsel nicht). Ich verstand das damals als Politikberatung, und so verstehe ich auch mein Amt als Präsident des Deutschen Studentenwerks: der Politik sagen, was Sache ist. Was Not tut.

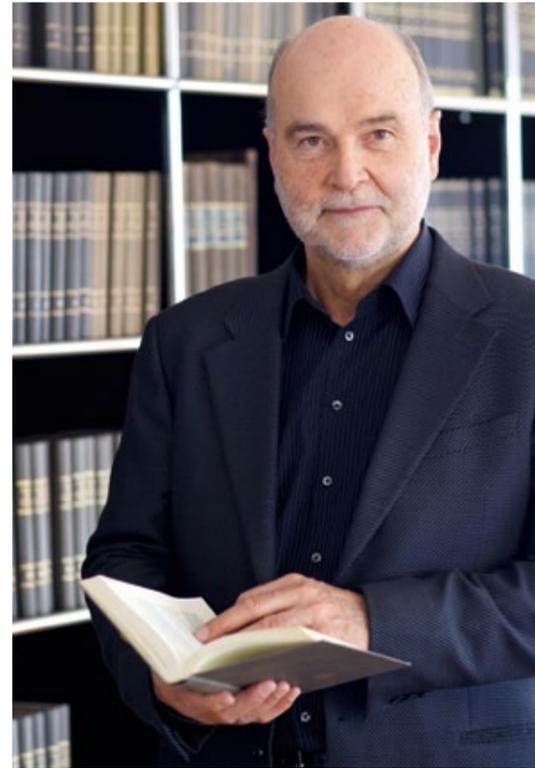
Die Frage ist nur: Wer will das wirklich hören? Und welche Beratung braucht die Politik in Deutschland? Selbst der Wissenschaftsrat, ein wirklich unabhängiges, wichtiges Beratungsgremium, scheint Politikberatung inzwischen vor allem als Sparberatung zu verstehen. Beispiel Saarland: Während auf Bundesebene alles versucht wird, um die großen Programme - Hochschulpakete, Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation - fortzuführen, heißt die hochschulpolitische Wirklichkeit in vielen Bundesländern: sparen, Studiengänge schließen, Studienplätze abbauen. Die Schuldenbremse greift schon jetzt. Siehe Sachsen-Anhalt, siehe Sachsen, oder eben das Saarland. Unter der Hand kündigen die ersten Länder den Hochschulpakt.

In vielen, eigentlich fast allen Bundesländern ist Hochschulpolitik Verwaltung des Mangels. Beratung heißt Sparberatung. Beim BAföG tut sich seit vier Jahren auch deshalb nichts, weil die Länder auch dafür nicht mehr Geld ausgeben wollen.

Ich frage mich, ob sich die Studierenden das alles noch länger gefallen lassen. Kürzungen, Streichungen, Stillstand: Das muss sie doch auf die Straße treiben! Gut möglich, dass aus den ersten Bildungstreiks eine Protestwelle wird. Ich wäre dabei. Niemand ärgert sich mehr darüber als ich, dass nur noch gespart und nicht investiert werden soll. Bund und Länder blockieren sich gegenseitig, statt

»Wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Handlungsdefizit«

Dieter Timmermann, Präsident des Deutschen Studentenwerks



über neue Einnahmequellen für die Bildung nachzudenken. Zusätzliche Steuereinnahmen, zweckgebunden für Bildung. Eine Art Bildungs-Abgabe für höhere Einkommen. Warum berät denn niemand in diese Richtung?

In der deutschen Bildungspolitik, erst recht in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik, mangelt es nicht an Forschung, es mangelt nicht an Beratung oder an Konzepten. Es mangelt an politischem Entscheidungswillen. Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Wir haben ein Handlungsdefizit.

Und wir haben viel zu wenig politische Phantasie. Sparen als oberstes Ziel? Das kann es nicht sein.

Dieter Timmermann

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:
» dieter.timmermann@studentenwerke.de

FOTO: KAY HERSCHELMANN

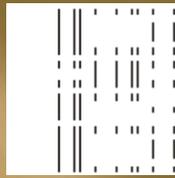
Schöner Wohnen im Studium!

Die Studentenwerke machen es möglich, mit 184.050 Wohnheimplätzen: in Einzelzimmern, Apartments oder WGs - möbliert und mit Internetanschluss, studentisches Lebensgefühl inklusive.



Fotos: Kay Herschelmann(3x), Studentenwerke Osnabrück und München

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



 **BUND**
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



GrünesBand
Deutschland

Laub...dings!

Ohne Hilfe bleibt nur die Erinnerung.

**Schützen Sie den Lebensraum von
Laubfröschen und über 1.200 weiteren bedrohten Arten.**

Werden Sie Pate vom Grünen Band:

www.bund.net/dings